

Ercheint wöchentlich einmal: Freitag.
Anzeigen: Die 6gespaltene Vorgabe 20 Pfennig.
Im Abonnement oder bei Wiederholung entsprechend billiger.
Schluß der Redaktion: Dienstag Mittag.

Die Stimme

Abonnement vierteljährlich 1.— Mark bei jedem Postamt und in der Expedition.
Eingerechnet in der Post-Zeitungspreiskarte.
Redaktion und Expedition: Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/23. — Fernruf: Amt Alexander 4720.

Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an M. Schumacher, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23. — Selbstabgaben an W. Zille, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Nummer 23/24.

Am a. Donau, den 15. Juni 1917.

28. Jahrgang

Inhalt: Kinder- und Mutterschutz. — Nachruf! Karl Goldschmidt. — Zur dringenden Beachtung! — Generalversammlung der Schuhmacher und Lederarbeiter. — Kollegen und Kolleginnen! — Der Arbeitsmarkt im April 1917. — Es geht aufs Ganze. — Vaterländischer Hilfsdienst: Zur Auslegung des § 7 des Hilfsdienstgesetzes. — Ehrentafel. — R u n d s c h a u: Aus dem Zentralrat. Wie ein Hauswirt nicht sein soll. Die neuen Friseurprüfungen. Die Nachprüfungen auf dem Lande. Fürsorge für Kriegerfamilien und Hinterbliebene. Verzögerung der Wohnungsreform. Frankreich braucht die Rheinbrücke. Im Interesse der Erleichterung des Postverkehrs. — Aus den Ortsvereinen: Berlin. Pagen. — Vaterland. — Literarisches. — Anzeigen.

Kinder- und Mutterschutz.

Von P. S o c h e-Berlin.

Die Menschenverluste, die dieser Riesenkrieg verursacht, werden sich in unserer Volkswirtschaft recht fühlbar machen und werden auch für das weibliche Geschlecht von besonderer Bedeutung sein. Schon jetzt ist beides mit großer Deutlichkeit zu spüren. Es war früher die Befürchtung gehegt worden, daß während eines Krieges die Gewerbetätigkeit lahmliegen und infolgedessen eine fühlbare Arbeitslosigkeit eintreten würde. Beide Erwartungen haben sich glücklicherweise nicht erfüllt. Wenn auch unsere Industrie nicht in dem hohen Grade blüht wie bisher, so hat sie sich doch schnell und mit gutem Erfolge den veränderten Verhältnissen angepasst, und es läßt sich behaupten, daß in sehr vielen Betrieben ein empfindlicher Mangel an Arbeitskräften besteht.

Es ist nur natürlich, daß unsere gewerblichen Betriebe in dieser Verlegenheit für die fehlenden männlichen Arbeitskräfte mehr weibliche eingestellt haben. Vielfach wird der gute Verdienst fleißige Frauen und Mädchen in die außerhäusliche Erwerbstätigkeit locken, vielfach wird auch die Not dazu treiben. Jedenfalls aber dürfte der Anteil der Frauen an der deutschen Arbeit, der sonst in Friedenszeiten bei etwa neun Millionen erwerbender Kräfte ein Drittel der Gesamtleistung ausmachte, dieses Maß jetzt im Kriege um ein beträchtliches übersteigen. Nach Friedensschluß werden die jetzigen Verhältnisse zum guten Teil noch bestehen bleiben. Eine große Zahl der im besten Alter stehenden Männer wird auf dem Felde der Ehre fallen; viele andere werden durch die erlittenen Wunden mehr oder minder erwerbsunfähig bleiben. Andererseits steht zu erwarten, daß nach dem Kriege wieder ein großer wirtschaftlicher Aufschwung erfolgen wird. Also wird auch in Zukunft eine ungeminderte Nachfrage nach arbeitstüchtigen Kräften und Händen herrschen. Ist es unter diesen Umständen nicht schon jetzt als sicher anzusehen, daß es das weibliche Geschlecht sein wird, das die fehlenden nötigen Arbeitskräfte mit ersetzen muß?

Diese Wahrscheinlichkeit eröffnet aber bedenkliche Aussichten für die Zukunft, für das weibliche Geschlecht wie für unser ganzes Volk. Gewiß, jetzt befinden wir uns eigentlich in einer Zwangslage. Jetzt erfüllt das weibliche Geschlecht auch eine nationale Aufgabe, wenn es da helfend einspringt, wo die Arbeit eben keinen Aufschub duldet. Etwas anderes wird es nach dem Kriege sein. Da werden — und mit vollem Recht — höhere Grundzüge die erste Berücksichtigung verlangen: die vornehmste Pflicht des Weibes als Frau und Mutter.

Es ist an sich gar keine erfreuliche Entwicklung, wenn in den letzten Jahrzehnten so viele Frauen immer in die Doppelstellung von Ehe und Beruf hineingetrieben wurden, und es wurde dem weiblichen Geschlecht und der guten Sache kein guter Dienst erwiesen, wenn von gewisser Seite für jenes angebliche Vorrecht immer mehr Stimmung gemacht wurde. Denn auch die Frau kann wie der Mann nur einen Beruf zu gleicher Zeit gut ausüben, und der der Frau und Mutter zugleich erfordert wirklich eine ganze Kraft für sich. Wo jene Doppelstellung ausgefüllt werden soll, da müssen die Leistungen immer zu wünschen übrig lassen, da wird die Kraft der Frau immer vorzeitig aufgerieben. Insbesondere da, wo kleine Kinder vorhanden sind, gehört die Mutter mit aller Entschiedenheit ins Haus, in die Familie. Mag sie außer dem Hause auch noch so gute Werke schaffen, so können diese doch niemals an das heranreihen, was sie als Erzieherin ihrer Kinder leisten kann und soll. Die Rücksicht auf das Kind muß also in erster Linie maßgebend sein. Wir brauchen in Zukunft viele starke Frauen und Mütter, lebensfähige Glieder zu unserer Volksgemeinschaft, deshalb müssen wir mehr als bisher in erster Linie die Mütter sorgen, die sich diesem Hauptberuf ihres Geschlechts mit ungeteilter Kraft zu widmen vermögen.

Wir dürfen ja nun wohl zugeben, daß bei uns in Deutschland zum mindesten ebensowohl, wenn nicht gar noch mehr versucht wird, das Kind vor Austattung und Schwächung durch gewerbliche Arbeit zu schützen, und daß wir auch bereits Schutzgesetze für das weibliche Geschlecht haben. Mein das, was in dieser Hinsicht besteht, genügt eben noch lange nicht. Was wir

Nachruf!

Wie schon in voriger Nummer der „Stimme“ kurz mitgeteilt, verschied am Freitag den 25. Mai der frühere Vorsitzende des Verbandes der deutschen Gewerkschaften

Karl Goldschmidt.

Am 11. Dezember 1863 in Hörde in Westfalen geboren, besuchte er dortselbst die katholische Volksschule und erlernte von 1877—80 die Buchdruckerlehre. Er zeigte ein lebhaftes Interesse für das öffentliche Leben. Durch eigene Studien und den Besuch der Humboldt-Universität sowie ähnlicher Bildungseinrichtungen, gelang es Goldschmidt, sich einen reichen Satz von Kenntnissen und Fähigkeiten anzueignen. Von Natur besaß er eine glänzende Rednergabe. Seit 1890 stand Goldschmidt im Dienst der deutschen Gewerkschaften, wo er an Stelle des Verbands-Redakteurs Volke die Redaktion des Gewerkschaftsorgans übernahm. Manche gute Agitationsblätter sind von ihm verfaßt worden. Im Jahre 1907 wurde er zum Vorsitzenden des Verbandes der deutschen Gewerkschaften gewählt.

Seit dem Jahre 1896 bis zu seinem Tode war er Mitglied der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, wo er viel für die Arbeiter und für die deutschen Gewerkschaften getan hat. Dem preussischen Landtage gehörte er seit dem Jahre 1898—1908 als Vertreter eines Berliner Landtagswahlkreises an.

Die deutschen Gewerkschaften verlieren in dem Verstorbenen einen ihrer besten Männer, denn Goldschmidt war selbst von seinen Gegnern geachtet, weil die Art seines Auftretens niemals gehässig sondern nur sachlich war. Als Gewerkschaftsführer und Politiker hat er seine Pflicht getan und stets das Beste gewollt. Die Gewerkschaften werden das Andenken des Verstorbenen dadurch ehren, daß sie die Sache, für welche er kämpfte, hoch halten und seine Ideen in demselben Sinne vertreten, wie er es getan. Möge dem Verstorbenen nach einem arbeitsreichen Leben und langen schweren Leiden die Erde leicht sein!

vielmehr als Ideal erzielen müssen, das liegt in der Forderung, die keine Ausnahmen zuläßt: Jedem Kinde seine Mutter! Wer selber keine Kinder hat, braucht sich nur vorzustellen, wie es wäre, wenn sie ohne die Mutter aufwachsen müßten, um gewiß sofort die ausgesprochene Forderung begreiflich zu finden. Einem Kinde, das ohne Mutter aufwächst, ist dadurch sein wichtigstes Naturrecht geraubt, ihm ist sein Anteil am Menschenglück genommen, und es ist nicht zu verwundern, wenn ein solcher Mensch schon in seinen Jugendjahren eher entgleist als einer, der lange den hohen Segen des Familienglücks genossen hat, der stets seine Mutter um sich hatte und ihr seine großen und kleinen Nöte anvertrauen konnte. Wer kann die Mutterliebe ersetzen?

Diese Frage nach dem vermehrten Mutter- und Kinderschutz ist immer dringend und zeitgemäß gewesen, aber ich meine, sie ist es jetzt mehr als je, einmal eben deshalb, weil in unseren Zeitläuften der Erziehung eine doppelte, überhaupt die größtmögliche Rücksicht zugewendet werden muß, zum anderen, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse in Zukunft die Mutter immer mehr dem Hause und der eigentlichen Aufgabe als Erzieherin ihrer Kinder zu entreißen drohen. Deshalb muß bei Zeiten der Blick auf das mögliche und wahrscheinliche Uebel gelenkt, die Gewissen für die wichtige Aufgabe geschärft werden. Da es sich hier um die ganze Allgemeinheit handelt, so kann auch ein befriedigendes Ergebnis nur erreicht werden, wenn sich der Staat der Sache annimmt und auf dem Wege der Gesetzgebung vorgeht.

Mancherlei ist bereits in der Säuglingsfürsorge getan, und die Erfahrung zeigt, wie gute Ergebnisse dadurch erzielt wurden. Auf dem Gebiete des Schullebens, durch Schaffung von Kinderheimen für unbeaufsichtigte Kinder, durch Vermehrung von Spielplätzen in den Großstädten, durch Anstellung von

Schulpflegerinnen kann in dieser Richtung noch viel geschehen. Hingewiesen sei auch auf den segensreichen Schritt der Bundesratsverordnung vom 3. Dezember 1914 über die Kriegswitwenhilfe. Durch sie wird der Kreis der Unterstützten wesentlich erweitert, und es wäre nur zu wünschen, daß diese Einrichtung auch nach dem Kriege weiter beibehalten würde. Verlangt muß auch werden, daß die Hinterbliebenenbezüge der Reichsversicherungsordnung erhöht werden. Nach dem jetzigen Zustande erhält die Witwe nur dann eine Unterstützung, wenn sie selbst erwerbsunfähig ist. Die gesunde Frau ist also völlig auf den Erwerb für sich und ihre Kinder angewiesen. Sie muß, der Not gehorchend, aus dem Hause, um ihre Familie zu ernähren. Das ist doch ein sozialer Kostand, der nicht gutgeheißen werden kann. Gewiß, etwas anderes ist es, wenn gar keine oder schon erwachsene Kinder vorhanden sind. Dann mag auch der Bezug niedriger bemessen werden; in den Fällen aber, wo kleine Kinder erzogen werden müssen, sollte eine ausreichende Rente gewährt werden, nicht um den Müttern Pflichten abzunehmen, sondern sie in die Lage zu versetzen, ihren nächsten, den Erziehungspflichten, gut nachzukommen. Das wird freilich mit neuen Geldopfern verbunden sein, aber diese Rücksicht ist hier nicht maßgebend; das ausgelegte Kapital wird sich überdies auch reichlich verzinsen.

Das Thema der Kriegswitwen ist schon oft behandelt worden, recht ausführlich im Reichstage vom deutschen Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit. Gerade diese Lage hat gezeigt, wie viele wichtige Fragen zu beantworten sind, wie eine an der anderen hängt. Aber gerade deshalb wird man sich den Blick für die wichtigsten Forderungen klar halten müssen, sie müssen zuerst berücksichtigt werden, — die größte von ihnen aber heißt: Schutz dem Kinde!

Zur dringenden Beachtung!

Um Geld und Arbeit zu sparen, erfolgt vom 1. Juli ab der Versand des Verbandsorgans „Der Gewerkschaftsverein“ wieder durch das Postzeitungsamt. Das bedeutet, daß das Blatt nicht mehr unter Kreuzband verschickt, sondern durch die Post direkt befördert wird. Um zu verhindern, daß das Blatt, sei es aus Mangel an Zeit, sei es aus Nachlässigkeit oder Gleichgültigkeit, nicht abgeholt wird, ist der Versand so eingerichtet worden, daß die Organe den bisherigen Empfängern durch den Briefträger direkt in des Hauses gebracht werden. Dafür muß aber pro Exemplar und Vierteljahr ein Bestellgeld von 12 Pfg. bezahlt werden. Jeder Organempfänger muß also vom 1. Juli ab den Betrag für das Bestellgeld bereitlegen und ihn eventuell seiner Frau übergeben, damit er, sobald der Briefträger das Geld bei Zustellung der ersten Nummer abfordert, bezahlt werden kann. Geschieht dies nicht, so bleibt das Blatt auf der Post liegen, die Ortsvereine bezw. Ortsverbände erhalten keinen „Gewerkschaftsverein“, und der Zusammenhang zwischen der Verbandsleitung und ihren Mitgliedern im Lande geht verloren.

Es wird also mit dem 1. Juli der selbe Zustand wieder hergestellt, wie er vor Ausbruch des Krieges bestanden hat. Damals klappte die Sache sehr gut, und dies wird auch weiterhin der Fall sein, wenn diese Zeilen beachtet werden. Selbstverständlich brauchen die Organempfänger die Kosten des Bestellgeldes nicht aus ihrer Tasche zu tragen. Diese müssen vielmehr, wie früher auch, aus örtlichen Mitteln, (Lokalfonds) aufgebracht werden.

Bei dieser Gelegenheit sei auch ein empfehlendes Wort für das Verbandsorgan gesagt. Wer über alle Vorgänge in unserer Gesamtorganisation und in der deutschen Arbeiterbewegung unterrichtet, wer insbesondere über den Rahmen des eigenen Bedarfs hinaus für die Gewerkschaftsangelegenheit mit Erfolg tätig sein will, der kann den „Gewerkschaftsverein“ nicht entbehren. Wir können also den vorwärtstrebenden Kollegen, denen es ihr Verdienst gestattet, nur angelegentlich empfehlen, auf den „Gewerkschaftsverein“ zu abonnieren. Das Ortsvereinsvorstände müssen ferner immer und immer auf das Abonnement des Verbandsorgans hinwirken, und wo sich freiwillig niemand meldet, einen bestimmten Kollegen mit dem Auftrage betrauen, die Verarbeitung in die Hand zu nehmen, die Adressen der Abonnenten zu sammeln und die Bestellung selbst zu dem zuständigen Postamt zu besorgen. Auf diese Weise bringen wir das Verständnis für unsere Bewegung in immer weitere Kreise, vertiefen es und stärken damit unsere Macht für die nach Friedensschluß kommenden Aufgaben.

**! Kollegen werbt Mitglieder !
! für unsern Gewerkschaftsverein !**

Generalversammlung der Schuhmacher und Lederarbeiter.

Unsere Bruderorganisation hielt in der Pfingstwoche mitten im Weltbrand vom 29. Mai bis 2. Juni d. Js. seine 16. ordentliche Generalversammlung ab. Die Generalversammlung war zahlreich besucht und von einem fortschrittlichen Geiste befeuert. Nachstehend bringen wir die Beschlüsse, welche von großer und außerordentlicher Bedeutung auf dieser Arttagung für den Gewertverein gefaßt wurden.

Gewertverein.

1. Hauptvorstand: Die Beitragsklasse zu 25 und 35 Pfg. fällt fort.

Der § 6 dritter Abschnitt erhält folgende Fassung:

Beitrag 30 Pfg.: Unterstützung 7 Mk. bei Arbeitslosigkeit, 9 Mk. bei Streit, Reisegeld bis 20 Mk., Umzugsgeld bis 30 Mk., Sterbegeld 30 Mk.

Beitrag 40 Pfg.: Unterstützung 11 Mk. bei Arbeitslosigkeit, 13 Mk. bei Streit, Reisegeld bis 30 Mk., Umzugsgeld bis 40 Mk., Sterbegeld 40 Mk.

Beitrag 50 Pfg.: Unterstützung 14 Mk. bei Arbeitslosigkeit, 16 Mk. bei Streit, Reisegeld bis 40 Mk., Umzugsgeld bis 50 Mk., Sterbegeld 50 Mk.

Anspruch auf Sterbegeld haben nur Mitglieder vorgenannter Beitragsklassen, wenn sie nach Inkrafttreten dieser Bestimmungen 104 Wochenbeiträge geleistet haben. Beim Inkrafttreten dieser Bestimmungen ist eine Zurückversicherung von der 25 in die 20 oder von der 35 in die 30 Pfg.-Beitragsklasse nicht statthaft. Vorgenannte Bestimmungen sind auch im Unterstützungsreglement Seite 24 bis 30 des Statuts dementsprechend zu ändern.

Hauptmarkt: Die Generalversammlung möge beschließen, daß die Karenzzeit von 6 Tagen bei Arbeitslosigkeit nur einmal in einem Kalenderjahr stattfindet.

Einen ferneren wichtigen Beschluß faßte der Delegiertenrat in der Besoldung der Orts- und Bezirksbeamten, der besagt, daß auch zu normaler Zeit, also wenn besondere Feuerungsverhältnisse nicht bestehen, das Mindestgehalt dieser Beamten, gleichviel an welchen Orten sie angestellt werden, 2000 Mark betragen muß. Den Hauptbeamten Sturm und Hüttig wurde statt der bisherigen Feuerungszulage eine Gehaltserhöhung von monatlich 50 Mark bewilligt.

Dem Lokalbeamten Koch-Weissenfels wurde ebenfalls in Anbetracht der herrschenden Teuerung jährlich 400 Mark Gehaltszulage bewilligt. Koch soll vom 1. Juli ab nicht mehr aus den Verwaltungsprozenten am Ort, sondern von der Hauptkasse bezolgt werden. Dagegen hat der Ortsverein Weissenfels alle Einnahmen für Gewertverein und Krankenkasse unverzinst an die Hauptkasse einzuführen, abzüglich der Sitzungsschadigungen für Vorstandssitzungen in beiden Kassen.

Wenn es im Gewertverein möglich war, das Gesamtvermögen um ein wesentliches zu erhöhen, so waren dagegen die Kriegswirkungen um so schlimmer in unserer Krankenkasse. Nach den Berichten des Hauptkassiers und des Kollegen Tegener vom Revisionsausschuß wurden alle Anträge, die auf eine weitere Belastung der Kasse abzielten, von den Delegierten zurückgezogen.

Eine sehr ausgedehnte und ernstliche Beratung erforderte folgender Antrag des Hauptvorstands:

1. Hauptvorstand: Zu § 7 Nachtrag der Satzung von 1914 beantragt der Hauptvorstand: Um das Reservevermögen der Kasse auch für die Zeit nach dem Kriege so zu gestalten, daß es den Anforderungen der kaiserlichen Aufsichtsbehörde entspricht, mögen die Abgeordneten einen Beschluß herbeiführen, wodurch der Kasse mehr Mittel zugeführt werden, sei es durch Beitragserhöhung, Leistungskürzung oder weitere Einführung von Wartetagen beim Unterstützungsbezug.

Zu diesem Antrag faßten die Abgeordneten folgenden Beschluß:

Vom 1. Oktober 1917 ab werden die Leistungen der Krankenkasse in jeder Unterstützungsstufe um 10 Prozent gekürzt. Das Sterbegeld soll unverändert bestehen bleiben. Diese Maßnahme ist einschneidend aber sie war unumgänglich, weil das Reservevermögen der Kasse weit unter den von der Aufsichtsbehörde verlangten Bestand gesunken war. Die Abgeordneten glaubten aber in ihrer Mehrheit, daß eine Beitragserhöhung oder die weitere Einführung von Wartetagen beim Krankengeld noch schlimmere Wirkungen haben würde.

Ferner fand folgender Antrag Annahme:

8. Hauptvorstand: Dem § 8 dritter Abschnitt ist folgende Fehrminderung anzugliedern: Mitglieder, welche neben unserer Kasse noch einer Orts- oder Betriebskrankenkasse angehören,

dürfen in unserer Krankenkasse nicht höher wie mit 12 Mark Krankenunterstützung wöchentlich versichert sein.

Am Sonnabend den 2. Juni, konnten dann die Wahlen getätigt werden, die folgendes Ergebnis hatten:

Als Hauptvorsitzender und Redakteur wurde einstimmig Sturm vorgeschlagen und gewählt. Desgleichen einstimmig der Hauptkassierer Hüttig. Als zweiter Hauptvorsitzender wurde Wilhelm Döring, Berlin N. 54, Jendensstraße 4, gewählt.

Von großer Bedeutung dürften die Beschlüsse über den Stufenbeitrag im Gewertverein sein, indem für die früheren 5 Stufen jetzt nur 3 Stufen beschlossen worden sind und sich somit die Beitragszahlung dem einheitlichen Beitrage für sämtliche Mitglieder nähert.

Außer diesen wichtigen und zeitgemäßen Beschlüssen ist auch eine Beitragserhöhung vorgenommen worden. Zu sämtlichen Beschlüssen wünschen wir unserer Bruderorganisation viel Glück, mögen ihr dieselben recht viel neue Anhänger für ihre gute Sache bringen.



Kollegen und Kolleginnen!

Der durch die Einberufungen erfolgte Rückschlag in der Mitgliederbewegung ist überwunden. An zahlreichen Orten ist sogar eine sehr erhebliche

Steigerung der Mitgliederzahl

zu verzeichnen. Diese Entwicklung muß jetzt nach besten Kräften gefördert werden. Jeder einzelne muß ein Agitator sein und unablässig darauf sinnen, wie er neue Mitglieder gewinnen kann.

Der beste Bundesgenosse

im Kampfe gegen die Ungleichgültigkeit der großen Massen ist die Presse und zur Förderung unserer Bestrebungen der

„Gewertverein“.

Darum abonniert auf das Verbandsorgan und bemüht Euch, neue Abonnenten zu werben. Der Quartalswechsel steht vor der Tür. Laßt keine Gelegenheit, keine Sitzung, keine Konferenz vorübergehen, ohne Propaganda für das Verbandsorgan zu machen.

Der erfolgreichste Agitator

für unsere Sache ist derjenige, der die meisten Abonnenten gewinnt. In jedem Ortsverein muß sich ein vorwärtstrebender eifriger Kollege finden, der die Werbung freiwilliger Abonnenten übernimmt, selbst die Adressen sammelt und sie dem zuständigen Postamt übermitteln. Bei dem niedrigen Preise von 75 Pfg. für das Quartal, wozu noch 12 Pfg. für denjenigen treten, der sich das Blatt durch den Briefträger ins Haus bringen läßt, kann mancher Leser gewonnen werden. **Also Freiwillige vor und frisch ans Werk!**



Der Arbeitsmarkt im April 1917.

Im Berichtsmonat macht sich im allgemeinen noch deutlicher als im Vormonat eine Steigerung der Beschäftigung bemerkbar.

Im Bergbau- und Hüttenbetrieb wurden zum Teil Steigerungen des Ablasses dem März 1917 wie dem April 1916 gegenüber erreicht. Auch in der Metall- und Maschinenindustrie, die nach wie vor aufs lebhafteste tätig sind, sind weitere Erhöhungen der Arbeitsleistungen festzustellen. Ähnliches gilt für die elektrische Industrie. Im Bekleidungs- und Schuhgewerbe zeigt sich im großen und ganzen keine Veränderung der Verhältnisse. Auf dem Baumarkt machen sich nur vereinzelt Verbesserungen bemerkbar.

Die Nachweisungen der Krankenkassen ergeben für die am 1. Mai 1917 in Beschäftigung stehenden Mitglieder dem 1. April gegenüber insgesamt eine Zunahme um 232 366 Beschäftigte oder um 2,93 v. H. (gegenüber einer Zunahme der Be-

schäftigtenzahl um 1,17 v. H. im Vormonat). An der Zunahme der Beschäftigten sind die Männer etwas stärker als die Frauen und Mädchen beteiligt. Die Zunahme der männlichen Beschäftigten betrug 118 796 oder 3,01 v. H. (gegenüber einer Steigerung um 1,04 v. H. im Monat zuvor). Nicht ganz so groß ist die Erhöhung der weiblichen Beschäftigten. Sie stellte sich am 1. Mai auf 113 570 oder 2,85 v. H. (gegenüber einer Zunahme um 1,90 v. H. im Vormonat). Daß die Zunahme der männlichen Beschäftigten größer als die der weiblichen war, ist um so bemerkenswerter, als neuerdings (seit dem 1. März ds. Js.) die Anzahl der in Beschäftigung stehenden Frauen und Mädchen bei den an das Reichs-Arbeitsblatt berichtenden Krankenkassen, die ungefähr sieben Zehntel der gesamten Mitgliederzahl aller deutschen Krankenkassen umfassen, etwas größer ist als die Zahl der beschäftigten Männer. Zu berücksichtigen ist bei der Beurteilung der Bewegung der männlichen Beschäftigtenzahl, daß die Kriegsgefangenenarbeit in den Ergebnissen der Krankenkassenstatistik nicht einbegriffen ist. Ein Teil der Zunahme der männlichen wie der weiblichen Beschäftigten am 1. Mai geht auf den Eintritt der schulentlassenen Jugend ins Erwerbsleben zurück. Es macht sich aber auch dem Vorjahr gegenüber eine Steigerung des Wachstums bemerkbar.

Nach den Feststellungen über die Arbeitslosigkeit in 35 Fachverbänden, die für 856 131 Mitglieder beruhten, wurden Ende April 8742 Arbeitslose oder 1,0 v. H. gegen 1,8 v. H. im Vormonat ermittelt. Die Arbeitslosenziffer ist also abermals gesunken. Sie stellte sich im Berichtsmonat gegen den April in den drei vorhergehenden Jahren wesentlich niedriger, da sie 1914 2,8, 1915 2,9 und 1916 2,8 v. H. betrug.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt im Berichtsmonat für das männliche Geschlecht ein Sinken des Andrangs der Arbeitssuchenden erkennen, für das weibliche Geschlecht ist ein geringes Steigen zu verzeichnen. Im April kamen auf je 100 offene Stellen bei den Männern 58 Arbeitssuchende (gegen 60 im Vormonat), während beim weiblichen Geschlecht sich der Andrang von 104 auf 107 erhöhte.

Die bis Mitte Mai reichende Statistik auf Grund des „Arbeitsmarkt-Anzeigers“ läßt eine erhebliche Veränderung der Verhältnisse nicht erkennen.

Die Berichte der Arbeitsnachweisverbände bezeichnen die Lage des Arbeitsmarktes für Wosen, Schlesien wie für Thüringen und Württemberg dem Vormonat gegenüber als im großen und ganzen unverändert. In Ostpreußen hat der Arbeitsmarkt für Männer und Frauen gegen den Vormonat eine wesentliche Belebung erfahren. In Westpreußen stiegen sowohl Nachfrage wie Angebot. In Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Bremen kennzeichnet sich die Lage durch gesteigerte Nachfrage und öffentliche gemeinnützigen Arbeitsnachweise. Im Königreich Sachsen hat der im März eingetretene stärkere Arbeiterbedarf zum Teil nachgelassen. In Schleswig-Holstein, Hessen, Nassau und Baden machte sich dagegen eine stärkere Nachfrage nach Arbeitskräften bemerkbar; die Zahl der Arbeitssuchenden hatte hier aber zum Teil sinkende Richtung. Das gilt auch für Westfalen und teilweise für das Rheinland; hier hat allerdings die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften eine Minderung erfahren.

Industrie der Holz- und Schnitzstoffe.

Die Säge- und Hobelwerke wie die Ristenfabriken berichten für April aus Süddeutschland über im allgemeinen gute Beschäftigung. Dem Vorjahr gegenüber ist eine Veränderung der Beschäftigungsverhältnisse nicht festzustellen.

Die Möbelfabriken hatten noch immer erhebliche Nachfrage. Sie weisen sogar teilweise noch weitere Steigerungen gegen den Vormonat auf. Dem Vorjahr gegenüber ist verschiedentlich eine Besserung zu erkennen, die von einzelnen Berichten als sehr wesentlich bezeichnet wird. Auch hier sind weitere Lohnerhöhungen vorgenommen worden.

Für die Holz- und Goldleistenfabriken ist der Beschäftigung dem Vormonat gegenüber der gleiche geblieben, während sich im Vergleich zum April 1916 ein Rückgang geltend machte.

Die Fassindustrie ist gut, zum Teil sehr gut beschäftigt. Während dem Vormonat gegenüber keine Veränderung eingetreten ist, wird der Beschäftigung dem Vorjahr gegenüber als besser geschilbert.

Die Korbwarenindustrie stellt befriedigenden Beschäftigung und teilweise bessere Lage als im April 1916 fest. Der Umsatz ist teilweise aber geringer als im Vormonat gewesen. Verschiedentlich mußte mit Überstunden gearbeitet werden.

Die Bürstenfabriken waren unverändert stark beschäftigt. Dem Vorjahr gegenüber ist eine Veränderung nicht festzustellen.

Es geht auf's Ganze.

Von D. Gottfried Traub, Dortmund.

Ein Mittwoch war's, da horchte die Welt nach dem deutschen Reichstagsgebäude hin, vor dem des eichernen Kanzlers Bild als Wächter steht. Mit hellen Augen schaute die Sonne über den glitzernden Schnee, als der Kanzler des Kaisers Willen verkündete, U-Boote heraus! Klar lag die Luft über den kahlen Bäumen, die mitten im Winterreis an den Frühling glauben. Klar war dieser deutsche Entschluß. Er wirkte wie eine Erleuchtung. An Daten kann man nicht mehr rütteln noch demühen. Sie kommen aus einer anderen Welt, als die bloßen Gedanken. In Daten redet das Schicksal seine eigene Sprache. Sie sind ein neuer Anfang und ihre Wirkungen greifen in unabsehbare Zukunft. So erlebte das einzige deutsche Volk die wichtigste Entscheidung voll Dank und Entschlossenheit.

Eine Stunde liegt begabener. Wieder trennte die U-Boote Frage nach dem. Heute haben alle hinter dem, was kommen mag. Jeder schreibe die Verantwortung von sich weg; nicht die Verantwortung allein soll sie tragen. Wie wir wieder besser werden, so jetzt erst recht. Wer mit siegen will, muß der Weg der Gefahr mit ihr verantworten teilen. Hindenburg ruft: wo er ruft, da steht kein Deutscher. Er traut uns allen zu, daß wir wollen und können. Vertrauen aus dem Mund dieses deutschen Redens macht den Zaghaftesten stark und dem Zweifelsüchtigen fester. Nicht Verzweiflung treibe uns, sondern der Krieg soll verkürzt werden, zum Heil der leidenden Menschheit. Wir handeln, weil das Schicksal es so will. Der

Krieg ist über die Völker hinausgewachsen und drängt zur Weltentscheidung. Da geht es auf's Ganze; die Halben kann man nicht mehr brauchen. So sagen wir: „Ja“ und sagen nicht: „Aber vielleicht.“ Mit frohem Trotz reiten wir einsam der Welt der kommenden Gefahren entgegen. Jeder offene Feind ist besser, als verkappte Gegner. Hohe Not brachte uns Deutschen immer den höchsten Mut. So ist Ritter Georgs Art. Wir springen nicht ins Duntle, denn wir messen unsere Kraft. Wir wagen nichts aus Uebermut, aber wir wollen wagen. Das macht frei. Im Wagnis liegt die höchste Kraftprobe, die allein des Preises wert wird. Alle, welche die Welt bewundert, waren zu ihrer Zeit Wagnende. Sie rissen ihre Zukunft mit Gewalt an sich. Hinter ihnen drein kamen die anderen langsam nach, weil ihnen der Atem auszugehen drohte. Klar liegt die Sache vor dem deutschen Volk: Wir oder England! Jeder Nero und jeder Gedanke gehöre diesem Kampf. Wer das Letzte nicht einsetzt, kann auch das übrige alles verlieren.

So hebt der Sturm an für das Schiff des deutschen Staates. Das Schicksal wüthet zwischen England und uns. Wer jetzt aus der Reihe tritt, ist seines deutschen Namens nicht wert. In Sturmzeit wird befohlen und nicht geschwagt. Im Sturm gibt ein einziges Ziel: Herr bleiben! Im Sturm wird das Neueste verlangt, alles Regelmäßige verjagt. Da hat man nur Zeit für das Notwendige. Jeder verlorene Augenblick wiegt schwer. Was man entbehren kann, soll man entbehren. Jetzt sind die Zeiten der Not. Wir wollen aus ihr heraus und nicht durch einen Jahrtausend und halben Frieden in ihr stecken bleiben und ein Jahrhundert lang das Joch auf unserem Halbe tragen. Sturmzeiten verbinden. Alle anständigen Menschen finden sich da zusammen in ritterlicher Furchtlosigkeit. Also voran ohne

Heißa und Hoch, aber mit stolzer Freud! England soll zu Tode erschrecken.

Eine köstliche Erfahrung macht man in solcher Zeit. Die Großen des Volks kommen uns nah, wie nie. Mit einem Mal entdecken wir sie neben uns. Bismarck lebt wieder mit seinem Wort: „Wir fürchten Gott und sonst nichts in der Welt“ und sein Blick grollt von Hamburg hin über die Nordsee wie der Donner. Blücher hören wir rufen: „Vorwärts, Kinder!“ und die Königin Luise ruft ihrem lieben Volke zu. Der alte Fritz ist wieder jung geworden und beschäftigt die Schützengräben. Der heilige Bernhard, der zu den Kreuzzügen rief, steht mitten unter uns und spricht, ohne Reklame und Sentimentalität: „Gott will es!“ Luther legt uns seine Hand auf die Schulter, wie es ihm einstens Frundsberg tat, und ruft mit stolzer Miene: „Volk, Volk, Du gehst einen schweren Gang, aber Gott wird mit dir sein.“ Die Besten aller Jahrhunderte sind heute unsere Brüder. In solcher Gesellschaft fühlt man sich wohl und stark. Und noch kommen dazu die Tausende unserer gescheiterten Jung- und Altmannschaft, die als Geister über den Schlachtfeldern hingehen. Sie sind wach geworden in ihren Gräbern und eilen nach vorn und mahnen in der Heimat. All ihre Jugend und Liebe, Mut und Kraft strömen heute in unsere heißen, vollen Herzen. „Macht es gut! Wir schauen auf euch.“ So rufen sie, und wir merken's am klopfenden Puls: Sie kämpfen mit zu Wasser und zu Land und rächen ihr Blut an England!

So fahrt gut, ihr tapfersten U-Boote! Jetzt springen die Funken vom Schwert und die Torpedos fliegen. Wir sind des Kaisers einzige Front aus Stahl. England, es gilt! Du hast keinen Frieden gewollt, so wollen wir den Sieg!

Die Einberufung der...
Unter 78 249 Mitgliedern...

Die Nachprüfungen der für das Reichs-Arbeitsblatt...
Februar männliche 60 (1916: 98), weibliche 81 (1916: -),
März männliche 57 (1916: 80), weibliche 108 (1916: -),
April männliche 51 (1916: 76), weibliche 76 (1916: 347).

Unterländischer Hilfsdienst

Zur Auslegung des § 7 des Hilfsdienstgesetzes.

Das Kriegsamt gibt bekannt:
Bei der Anwendung des Gesetzes ist die Frage aufgetaucht, wie sich der Einberufungsausschuss zu verhalten habe, wenn der Hilfsdienstpflichtige, der die besondere, schriftliche Aufforderung nach § 7 Abs. 2 erhalten hat, zwar eine Beschäftigung im Hilfsdienste herbeiführt, diese Beschäftigung aber dann wieder aufgibt, also wieder frei ist. Muß er nun nochmals schriftlich aufgefordert werden, damit er sich selbst eine andere Beschäftigung suche, oder kann ihn nunmehr der Einberufungsausschuss sofort an eine bestimmte Stelle „überweisen“?
Das Gesetz kann nur dahin ausgelegt werden, daß der Einberufungsausschuss sofort überweisen kann. Dies ist dann ohne weiteres klar, wenn etwa der Hilfsdienstpflichtige eine freiwillige Beschäftigung nur zum Schein aufgenommen hatte oder wenn Anlaß zu dem Verdachte besteht, daß er der Aufforderung nicht aufrichtig nachgekommen ist, um die Beschäftigung alsbald wieder aufzugeben. Man muß aber noch weitergehen. Auch dann, wenn der Hilfsdienstpflichtige die Beschäftigung ernstlich übernommen hat, sie aber später, gleichwohl nach welcher Zeit, wieder aufgibt, ist es, daß er die Stelle eigenwillig verläßt, oder daß er vom Arbeitgeber entlassen wird, — auch dann steht er nunmehr dem Einberufungsausschuss zur Verfügung und kann sofort überwiesen werden. Wollte man das Gesetz anders auslegen und dem Einberufungsausschuss zumuten, den Hilfsdienstpflichtigen immer erst noch einmal zur freiwilligen Beschäftigung im Hilfsdienste aufzufordern, so würde dies zu ganz unhaltbaren Ergebnissen führen und den Zweck des Gesetzes schwer gefährden.

Überdies steht, wie oft ausgesprochen worden ist, die Freiwilligkeit an der Spitze des Gesetzes, und der Zwang soll erst eintreten, wenn die Freiwilligkeit versagt. Man kann die vorherige Aufforderung zum freiwilligen Eintritt in eine kriegswichtige Beschäftigung eine Rechtswohlthat nennen, die jeder Hilfsdienstpflichtige zunächst genießt. Allein diese Rechtswohlthat ist verbraucht, wenn eine Aufforderung einmal ergangen ist. Alsdann setzt der Zwang ein und zwar in der Form der nunmehrigen Ueberweisung an eine bestimmte Stelle im Hilfsdienste. Es sei wiederholt: der Zweck des Gesetzes kann nur erreicht werden, wenn die Einberufungsausschüsse keinen Unterschied zu machen und nicht erst zu untersuchen brauchen, unter welchen Umständen und nach welcher Zeit der aufgeforderte Hilfsdienstpflichtige aus der freiwillig angenommenen Hilfsdienstbeschäftigung wieder ausgeschieden ist. Selbstverständlich ist, daß die Ueberweisung erst dann eintreten soll, wenn der Hilfsdienstpflichtige nicht sofort wieder von selbst in eine andere Beschäftigung eintritt. Tut er es nicht sofort, so ist es nur billig, wenn er nunmehr überwiesen wird.

Rundschau

Aus dem Zentralrat.

Die Zentralratsitzung am 25. Mai eröffnete der stellvertretende Vorsitzende, Kollege Raab, mit einem warmempfundenen Nachruf für den verstorbenen früheren Verbandsvorsitzenden Karl Goldschmidt, dessen langjährige Tätigkeit für die Gewerkschaften und erfolgreiches Wirken im Stadtparlament und im preussischen Abgeordnetenhaus er mit rühmenden Worten schilderte. Die Anwesenden erhoben sich zu Ehren des Verstorbenen vor ihren Plätzen. Unter den Mitteilungen des geschäftsführenden Ausschusses berichtete sodann Kollege Hartmann über zahlreiche Sitzungen, Ortsverbandskonferenzen und Ortsverbandssammlungen. Die Ortsverbandskonferenzen haben durchweg einen guten und Erfolg versprechenden Verlauf genommen. Außerdem konnte er mitteilen, daß sich der Ortsverband Recklinghausen neu gegründet hat. Der Zentralrat sprach seine Zustimmung dazu aus. Ebenfalls erklärte er sich einstimmig damit einverstanden, daß die Steuerungsanlagen für die Verbandsbeamten eine Erhöhung erfahren.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildete ein Referat des Kollegen Hartmann, wie die finanzielle Grundlage des Verbandsorgans, die durch die zahlreichen Einberufungen eine Verschlechterung erfahren hat, wieder aufgebessert werden könne. In der sehr gründlichen Aussprache wurde bemängelt, daß in der Gewerkschaftspresse sowohl wie in den Versammlungen zu wenig Interesse für das Verbandsorgan gezeigt wird. Es müsse dafür gesorgt werden, daß die Bedeutung des „Gewerkschaftsorgans“ für die Gesamtbewegung den Kollegen mehr zu Gemüte geführt werde. Namentlich könnten die Ortsvereinsvorsitzende nach dieser Richtung sehr viel tun. Wenn auch der Krieg eine nachteilige Wirkung ausübe, so seien doch sehr viele Kollegen sehr wohl in der Lage, freiwillige Abonnenten des Verbandsorgans zu werden. Nach dieser Richtung soll eine energische Propaganda eingeleitet werden.

Den Schluß der Verhandlungen bildete ein sehr eingehendes Referat des Kollegen Lewia über die Frage der Erhöhung der Bezüge von Rentenempfängern. Schon in Friedenszeiten waren die Klagen über zu niedrige Renten allgemein und durchaus berechtigt. Bei den jetzigen Steuerungsverhältnissen aber sei die Lage der Rentenbezieher geradezu unerträglich geworden. Keinerlei Erhöhung ihrer Bezüge sei eingetreten, obwohl die Versicherungsämter, sowohl Versicherungsanstalten wie Berufsgenossenschaften, ungeheure Vermögen angehäuft

haben. Leider hat der Reichsausschuss des Reichstages sich nicht damit einverstanden erklärt, daß von diesen Mitteln etwas zur Erhöhung der Renten verwendet würde. Er hat nur seine Zustimmung dazu gegeben, daß Reichsmittel den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden, aus denen besonders notwendige Rentenempfänger auf ihren Antrag eine Unterstützung erhalten können. In dieser Sachlage läßt sich auch zurzeit nichts ändern. Wo also besondere Not eintritt, müssen die Rentenempfänger auf den Weg der Inanspruchnahme dieser Mittel verwiesen werden. Unter den gegebenen Verhältnissen nahm der Zentralrat ohne Aussprache von diesen Mitteln Kenntnis.

Wie ein Hauswirt nicht sein soll.

Eine Kriegerfrau, welche mit ihren 3 Kindern eine monatliche Kriegsunterstützung von 87,50 Mark bezog, erhielt außerdem noch vom Amtsgericht M. 90., an welchem ihr Mann tätig war. Letztere Unterstützung hörte aber mit dem Tode des Mannes auf und blieb die Frau infolgedessen mit der Miete im Kollatande. Der Hauswirt versagte nicht nur jeden Mietzuschlag, sondern ließ sich auch von dem Möbelhändler, welchem die Frau noch 31.— Mark für Sachen schuldete diese Forderung eintreiben, um sich für die Restmiete von 222 Mk. an den Sachen schadlos zu halten. Außerdem strengte er gegen die Frau die Räumungsklage an und erklärte sämtliche Möbel für sein Eigentum, wenn er nicht bei der Räumung der Wohnung den Betrag von 532 Mk. und die entstandenen Gerätekosten Mk. 34,50 erhalten würde.

Die Frau wandte sich hilfesuchend an die zuständige Bezirksstelle VIII b der städtischen Hinterbliebenenfürsorge in Berlin. Da sie Rente noch nicht bezog und die Nationalstiftung im allgemeinen erst nach deren Einlegen Geldmittel gewährt, war ihre Lage ungemein schwierig. Nur durch die Bemühungen des Unterzeichneten gelang es, die Verhältnisse zu ordnen. Er wirkte aus besonderen städtischen Fonds die Summe von 300 Mark zur Tilgung der Mietschulden und vermittelte den Verkauf eines Teils der Möbel zum Preise von 330.— Mk. Die Verkleinerung der Wirtschaft machte den Verkauf einiger Wirtschaftsgegenstände schon notwendig und außerdem waren zu obigem Betrage von 569,50 Mk. auch noch 70 Mk. zu den Kosten des Umzuges notwendig.

Der sehr vermögende Hauswirt hätte sich aber nicht geschämt, die Kriegerwitwe und ihre 3 Kinder einfach auf die Straße zu setzen. Selbst, als ihm seine ganze Forderung ausgehändigt wurde, war er nicht bereit, auch nur 10 Mk. abzulassen; er sehe nicht den mindesten Anlaß hierzu, die städtische Fürsorge könne ja der Frau 10 Mk. schenken.

Mit Hilfe des Unterzeichneten bezog die Witwe eine kleinere Wohnung (Miete monatlich 28 Mk.). Sie wird auch Arbeit übernehmen, so daß sie voraussichtlich vor Not bewahrt ist. Die Frau hat sich verpflichtet, wenn sie ihre Rentennachzahlung erhält, einen Teil der ihr gewährten Summe zurückzugeben. Dieses Geld wird dann von dem städtischen Fürsorger allmählich pflegerisch für sie und ihre drei Kinder verwandt werden.

Ein Segen für die Kriegerfrauen, daß derartige Fürsorgetellen errichtet worden sind, da sonst die betreffende Kriegerfrau ohne weiteres der Willkür des Hausbesitzers preisgegeben wäre. W. Zietke.



Ehrentafel

für die im Kriege gefallenen oder an ihren Verwundungen erlegenen Kollegen des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands.

Auf dem Felde der Ehre gefallen.

Josef Schwegle, 35 Jahre alt, Mitglied im Ortsverein Augsburg, gefallen am 3. Mai bei Arras.
Ehre seinem Andenken!

Das Eisene Kreuz hat erhalten:

Gustav Ruhn, Mitglied im Ortsverein Berlin II.



Die neuen Frühdruschprämien.

Das Kriegsernährungsamt gibt bekannt:
Zur Sicherstellung der Volksernährung hat der Bundesrat eine Verordnung über Frühdrusch erlassen, durch die die schnelle Erfassung der Ernte in den früherrntenden Gebieten gewährleistet werden soll. Wegen der mit dem Frühdrusch verbundenen wirtschaftlichen Behinderungen und Unkosten wird den Landwirten in Form von Druschprämien eine besondere Entschädigung gewährt, und zwar bei Ablieferung

Table with 2 columns: Date and Amount. Rows: vor dem 16. August 1917 (60 Mark für die Tonne), vor dem 1. September 1917 (40 Mark für die Tonne), vor dem 1. Oktober 1917 (20 Mark für die Tonne).

Die Besitzer von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, insbesondere Treibriemen und Kohlen, sowie von Trocknungsanlagen aller Art sind verpflichtet, diese auf Verlangen gegen eine angemessene Entschädigung zum Zwecke der Früh-ernte und des Frühdrusches zur Verfügung zu stellen. Die gleiche Verpflichtung besteht für die Besitzer von Kraftwerken. Die Besitzer haben auf Verlangen der zuständigen Behörde oder auch auf öffentliche Bekanntmachung zu erklären, ob sich die Maschinen, Geräte und Trocknungsanlagen in gebrauchsfähigem Zustande befinden, oder bis zu welchem Zeitpunkte sie in Stand gesetzt werden können. Erforderlichenfalls kann die zuständige Behörde die Instandsetzung auf Kosten des Besitzers vornehmen lassen. Am den großen Bedarf an Maschinen und Geräten werden nötigenfalls aus den später erntenden Gebieten Maschinen und andere Gerätschaften nach den früherrntenden geschafft werden. Insbesondere werden die Kriegswirtschaftsämter und die Kriegswirtschaftsstellen für die Bereitstellung der erforderlichen Betriebsmittel schon vor dem Beginn des Frühdrusches Sorge tragen. Für die Benutzung fremder Maschinen und Geräte und sonstiger Betriebsmittel wird an die Besitzer eine besondere Vergütung gezahlt.

Die Bestimmungen über die Druschprämien gelten für das ganze Reichsgebiet, also auch für die Bundesstaaten, in denen bereits im Wege der Landesgesetzgebung Maßnahmen zur Durchführung des Frühdrusches eingeleitet sind.

Die Nachprüfungen auf dem Lande.

Die Nachprüfungskommissionen haben nunmehr ihre Arbeit auf dem Lande vollendet. Es ist bereits bekannt geworden, daß mancherlei Verborgenes entdeckt worden ist. Sicher aber ist, daß noch lange nicht alles an den Tag gekommen ist, denn die Prüfungen waren noch nicht gründlich genug und konnten es auch in der kurzen Zeit nicht sein. Namentlich ist auf den Rittergütern die Prüfung lange nicht sorgfältig genug ausgeübt worden, da sie vielfach lediglich durch benachbarte Rittergutsbesitzer erfolgte, und zwar ohne Hinzuziehung von Soldaten. Natürlich wurde da nicht in alle Ecken und Winkel geleuchtet. Auch auf den Bauernhöfen ist die Kontrolle nicht immer durch solche Personen ausgeübt worden, die den Verhältnissen hinreichend unparteiisch gegenüberstanden. Im allgemeinen mißte die Nachprüfung zwar mit Hinzuziehung einzelner Ortsverwaltungen erfolgen, aber in der Hauptsache doch durch Leute, die zwar sachkundig sind, aber den betreffenden Einwohnern völlig unbekannt gegenüberstehen.

Uebrigens sind die ganzen Verordnungen, mit denen man seit Jahr und Tag auf den Dörfern in die Nahrungsmittelverteilung einzugreifen versucht hat, viel zu wenig überwacht worden. Man hat sich einfach darauf verlassen, daß die Verfügungen in der Hauptsache befolgt werden. Aber bei dem Bauern ist doch das Bewußtsein, daß er die Verordnungen im allgemeinen Interesse beobachten muß, viel zu wenig entwickelt. Strafen sind selten erfolgt, und wo es geschah, waren sie sehr geringfügig. Die Bauern sollen z. B. auch Zentrifugen nicht mehr benutzen; sie sollen die Milch abliefern. Die Verordnung ist aber viel zu sehr auf dem Papier stehen geblieben. Genau dasselbe ist es natürlich gewesen mit dem Verbot von Getreideverfälschung an das Vieh. Daß über fünf Millionen Hauschlachtungen verheimlicht worden sind, ist soeben im Reichstag nachgewiesen worden. Hier sind etwa nicht nur die kleineren Landwirte schuldig, sondern mindestens in demselben Maße auch die großen und größten. Weder der Landrat noch die paar Gendarmen haben die Möglichkeit durchzugreifen. Namentlich dort, wo die Landräte noch ziemlich jung und unerfahren sind, können sie gegen den alteingesessenen, befestigten Großgrundbesitz gar nicht aufkommen. Gehen aber die großen Landwirte mit schlechtem Beispiel voran, so wirkt das natürlich ungünstig auf die Kleinen und erregt in den kleinen Landwirten oft recht starken Unwillen.

Die mangelhafte Befolgung der Kriegsverordnungen macht in Preußen eine Reform der Landgemeinde-Ordnung und eine Aufhebung der selbständigen Gutsbezirke, die schon oft verlangt worden ist, ganz besonders dringend. Da die Rittergutsbesitzer in den selbständigen Gutsbezirken meist die Polizeigewalt ausüben, so sind sie häufig wie Könige in ihrem Reich, denen niemand etwas zu sagen hat.

Fürsorge für Kriegerfamilien und Hinterbliebene.

Ein Bund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten ist, wie die „Soz. Praxis“ mitteilt, unter Vorsitz des Stadtrats Hedmann (Mannheim) und des Redakteurs Kuttner (Berlin) dieser Tage mit dem Sitz in Berlin gegründet worden. Es handelt sich um die in der „Soz. Praxis“ mehrfach erwähnten von sozialistischer Seite ausgehenden Bestrebungen, Kriegsteilnehmer und -beschädigte zu einer Selbsthilfsorganisation zu vereinigen, die mit den Gewerkschaften „freundnachbarlich zusammenarbeiten“, neben den sozialen aber auch politische Ziele verfolgen soll. Der neue Bund stellt einerseits das Programm parteipolitischer und religiöser Neutralität auf, will aber andererseits „in Zusammenhang mit der modernen Arbeiterbewegung“ wirken, was in der Terminologie der die Gründung mitteilenden sozialdemokratischen Blätter gemeinhin die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie bedeutet. Der Bund will auf eine gründliche Reform des Militärrentenwesens in Anlehnung an die Grundzüge der Unfallversicherung hinwirken; neben der Höhe der Rente soll auch die Art ihrer Bemessung und der Rechtsweg reformiert werden; auch sollen die Kriegsbeschädigten selber in geeigneter Weise bei der Renteneinrichtung, die für sie bestimmt sind, mitwirken. Ferner soll ein Zwang für Arbeitgeber, einen bestimmten Prozentsatz Kriegsbeschädigte zu beschäftigen (und zwar zum gleichen Lohne wie gesunde Arbeiter ohne Anrechnung der Rente), angestrebt werden. Endlich hält der Bund eine besondere Schutzgesetzgebung für die Kriegsbeschädigten für nötig. Mit der Arbeit für diese Ziele wünscht der Bund, soweit er sie nicht in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften auszuführen gedenkt, diese zu entlasten. Dazu ist zu bemerken, daß, wie hier berichtet wurde, die Generalkommission zu der Frage der Kriegsteilnehmer- und -beschädigtenorganisation bisher noch nicht abschließende Stellung genommen, daß sie sich aber in Gemeinschaft mit den anderen großen Gewerkschaftszentralen anlässlich der Essener Gründung gegen jede Arbeiterzersplitterung und gegen die Uebernahme von Aufgaben der Kriegsbeschädigtenfürsorge durch andere als die bestehenden Organisationen, insbesondere auch die Gewerkschaften selbst, ausgesprochen hat. Ferner kann darauf hingewiesen werden, daß die in der Gewerkschaftspresse vorgenommene Erörterung des Gedankens der Kriegsteilnehmer- und -beschädigtenorganisation bisher ganz überwiegend die Ablehnung des Gedankens gezeigt hat. In der „Sozialdem. Feldpost“, die im Heere sehr stark verbreitet ist und unbedingt den Mehrheitsstandpunkt der Sozialdemokratie vertritt, hat Kuttner allerdings die Gründung einer derartigen Vereinigung sehr warm befürwortet, ist aber der von ihm angeregten Diskussion über seinen Plan durch die Neugründung selber zuvorgekommen. Was nun die politischen Ziele der letzteren anlangt, so will der Bund die Umwandlung des Heeres in ein „wirkliches Volksherr“ und die Abschaffung aller die Kriegsteilnehmer benachteiligenden politischen Vorrechte in Reich, Staat und Gemeinden anstreben, sowie eine Politik befürworten, die der Entstehung künftiger Kriege vorbeugt. Das sind Ziele, die bisher von Parteien, nicht von sozialpolitischen Organisationen verfolgt wurden. Die Verquickung der politischen und der sozialen Bestrebungen des Bundes dürfte diesem eine ganz einheitliche Zusammenfassung geben, an der unter Umständen weder seine Gründer noch die Arbeiterbewegung viel Freude haben werden.

